

Eike Sanders, apabiz e.V.

Liebe Anwesenden.

Ich bin sehr geehrt, hier zum Neujahrsempfang der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin im Abgeordnetenhaus von meiner Forschung und unseren politischen Kämpfen erzählen zu können. Vielen herzlichen Dank dafür.

Es ist in einer Zeit, in der gerade jeden Tag einige wenige Menschen mit hoch aufgelösten Fotos von Embryos in der Gebärmutter vor der Praxis der Ärztin Kristina Hänel in Gießen stehen. Wie Sie sicherlich alle wissen, wurde Dr. Hänel im Oktober 2017 zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro wegen des Verstoßes gegen den „Werbeverbot“ genannten § 219a StGB verurteilt - also jenes „Werbeverbot“, das von feministischer Seite als Informationsverbot bezeichnet wird. Die Abtreibungsgegner*innen, wie sie in Gießen, in Frankfurt oder in München vor Praxen und Schwangerschaftsberatungszentren stehen, wirken für manche wie aus der Zeit gefallen. Viele möchten glauben, es handele sich um ein aussterbendes Phänomen des christlich-fundamentalistischen Traditionalismus. Sie stehen dort mit Marienbildern und beten sich quasi in Trance. Sie glauben daran, dass der Teufel sich in Menschen wie Hänel oder queerfeministischen Gegendemonstrant*innen manifestiert – und vielleicht auch in einem erfolgreichen überparteilichen Zusammenschluss von Frauen* wie diesem. Sie wollen Frauen* auf dem Weg zu einem Abbruch zur Umkehr bewegen und sie erlösen. Manchmal sprechen sie Klient*innen oder Mitarbeiter*innen an: „Willst du wirklich dein Kind töten lassen?“ „Willst du wirklich zur Mörderin werden?“ Sie fühlen sich im Recht und sie denken, sie sind die einzigen, die ein Verständnis von Gut und Böse, von Moral, von Ethik haben. Sie nennen es „Gehsteigerberatung“. Die Juristin Ulrike Lembke nennt das zu Recht „Gehsteigbelästigung“¹.

Meine Kolleg*innen und ich beobachten den Marsch für das Leben in Berlin seit gut zehn Jahren – als Antifaschist*innen, die die anteilige Kongruenz der sogenannten „Lebensschutz“-Bewegung mit der extremen Rechten untersuchen. Aber ich lasse auch nie meine feministische Identität zu Hause: Ich wurde ein Mal, als ich als Beobachterin am Rand stand, von einem älteren Herren im Talar gesegnet: Mit einem Plastikmodell eines angeblich 10 Wochen alten Embryos zwischen den Fingern zeichnete er ein paar Zentimeter vor meinem Gesicht ein Kreuz in die Luft. Ja, mir sind schon schlimmere Sachen als Frau und Feministin passiert. Aber der Mann hat nicht meinen männlichen Kollegen gesegnet sondern mich. Es ist diese Anmaßung der sogenannten „Lebensschützer“ über Gut und Böse bestimmen zu wollen, und damit: über die Körper von Frauen* – aber nicht nur über diese. Über diese Anmaßung, die von dieser Bewegung ausgeht, möchte ich heute reden. Die Bewegung und ihre Agenda wurde viel zu lange belächelt oder nicht als Gefahr gesehen. Ich halte es für eine große Chance für feministische Politikfelder, dass das Thema Schwangerschaftsabbrüche und damit auch weiterer Genderpolitiken seit Ende 2017 mit dem Hänel-Urteil öffentlich präsent sind.

Dennoch müssen wir feststellen, dass für das angestrebte Recht auf reproduktive Selbstbestimmung die nun vom Kabinett gebilligte Reform des § 219a StGB eine Niederlage

ist. - Trotz all der Empörung, trotz all der feministischen Mobilisierung wurde nicht einmal dieser nichtsnutzige Paragraf aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Schlimmer noch: Jens Spahn bekommt 5 Millionen Euro für eine Studie über die angeblich negativen Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen. Es sind die Sprache und das Denksystem der „Lebensschutz“-Bewegung, die hier Einzug gehalten haben - und das doch einigermaßen überraschend. Das sogenannte Post-Abortion-Syndrom, das davon ausgeht, dass Menschen, die abtreiben zwangsläufig unter Symptomen leiden müssen, die einer posttraumatischen Belastungsstörung gleichen, ist eine Erfindung der US-amerikanischen Pro-Lifer*innen aus den 80er Jahre. Viele Studien² haben die Annahme von zwangsläufigen negativen Folgen verneint. Sie haben festgestellt, dass Frauen* die Entscheidung nicht leicht fällt, dass aber die gesellschaftliche Stigmatisierung und mangelnde Unterstützung durch das Umfeld negative Folgen für die schwangere Person haben. Das PAS ist nicht medizinisch oder psychotherapeutisch anerkannt.³ Doch es ist ein wichtiger Baustein in der Argumentation der Lebensschutz-Bewegung, die seit nunmehr drei Jahrzehnten behauptet, dass eine Abtreibung „immer zwei Opfer, nämlich das Kind und die Frau“ habe.⁴ Schuld und Scham, Unzurechnungsfähigkeit, keine Kompetenz über den eigenen Körper und Hilfebedürftigkeit, die Konsequenzen der eigenen Entscheidungen zu erfassen – das sind die Signale, die der „Kompromiss“ um den 219a und die von Jens Spahn geplante Studie an alle Frauen* aussendet.

Insofern ist das ein kleiner Sieg für die „Lebensschutz“-Bewegung, die ihren Jargon und ihre restriktiven Vorstellungen gegen die Selbstbestimmung von Frauen* in die Politik gebracht hat.

Die „Lebensschutz“-Bewegung sieht sich schon seit längerem in der Offensive - das gerne auch in jener absoluten Selbstüberschätzung, wie es rechten Bewegungen zu eigen ist. Dennoch haben wir beobachtet, dass sie 2017 gar nicht auf den konkreten Kampf um den § 219a vorbereitet war, sondern dass ihr Selbstbewusstsein wo anders herrührt: Es rührt nicht aus eigener Stärke, sondern weil sie zu Recht als Teil des europäischen und US-amerikanischen konservativen bis extrem rechten Aufschwungs betrachtet werden kann. In diesen konservativen bis extrem rechten Aufschwung muss sie auch eingeordnet werden. Und sie verortet sich – bei allen Widersprüchen im Detail - auch selbst dort.

Dieser Aufschwung führt zur Gleichzeitigkeit von Stärke und Schwäche: Letztes Jahr musste der wichtigste Dachverband, der Bundesverband Lebensrecht (BVL), der den Marsch für das Leben in Berlin organisiert, schließlich trotz aller positiven Selbstsuggestion zugeben, dass ihre Teilnehmendenzahlen gesunken sind. 2016 zählten wir 6000, 2017 und 2018 nur noch 3.500 Teilnehmende. Der Schwund war zu erwarten und ist auch mit der spaltenden Frage „Wie hältst du es mit der AfD?“ zu begründen, die in Zeiten von Pegida und Chemnitz – zumindest für die großen antirassistischen Teile der Kirchen - demobilisierend wirkt. Es sind gerade die christlichen zivilgesellschaftlichen Akteure, die zwischen der Frage von universeller Nächstenliebe und gelebter Flüchtlingshilfe auf der einen, und christlich-fundamentalistischer bis rassistischer Abgrenzung zum Islam, zur Migration und zu

emanzipativen Errungenschaften der Frauen* und der Queer-Bewegung auf der anderen Seite zerrieben werden.⁵

Wer ist also diese „Lebensschutz“-Bewegung?

Eine 2014 von uns recherchierte Bestandsaufnahme der „Lebensschutz“-Bewegung und ihrer Akteure kam auf über 60 explizite Lebensschutz-Organisationen in Deutschland - also jener meist als gemeinnützig anerkannten eingetragenen Vereine, die das Vereinsziel „Lebensschutz“ - das heißt primär die Positionierung gegen Abtreibungen – als Vereinszweck in ihrer Satzung festgehalten haben.⁶ Es deutet nichts darauf hin, dass es mehr Organisationen geworden sind oder ihre Mitgliedszahlen derzeit steigen.

Die Kirchen, allen voran die katholische Kirche, aber auch innerhalb des Protestantismus die evangelikalen Gemeinden und Freikirchen, sind der zweite große Akteur der Bewegung. Papst Franziskus bekräftigte zuletzt im Oktober 2018 die ablehnende Haltung der Katholik*innen zu Abtreibungen: „Einen Menschen zu beseitigen ist wie die Inanspruchnahme eines Auftragsmörders, um ein Problem zu lösen“. Die Wortwahl ist so klar antifeministisch verurteilend wie schon lange nicht mehr gehört.

Im Feld der Parteienlandschaft sind es immer noch die Christdemokraten für das Leben (CDL) als relativ kleiner Interessenverband in der CDU, die der Bewegung den Zugang zur Politik sichert. Aber auch die Christen in der AfD (ChrAfD) mit ihren rund 200 Mitgliedern wollen eine parteipolitische Heimat für „Lebensschützer“ bieten. Der tief in die AfD eingeschriebene Antifeminismus, der nicht nur bei den fundamentalistischen Christ*innen zu finden ist, leistet hier seinen Dienst. Die politisch unbedeutende Deutsche Zentrumspartei machte letztes Jahr von sich reden als sie einen Einladungsflyer produzierte mit dem Foto des Wiesbadener Friedhofes und dem Tor von Auschwitz, nur dass es hier hieß: „Abtreiben macht frei“⁷ – die Bundestagsabgeordneten unter Ihnen hatten das wohl in der Post.

Im Akteursfeld nicht zu unterschätzen ist das Spektrum jener Organisationen und vor allem Publikationen, die der Neuen Rechten angehören: Die Bibliothek des Konservatismus, die (extrem) rechte Wochenzeitung Junge Freiheit, das Institut für Staatspolitik, das Magazin Compact. Sie befeuern den antifeministischen und rassistischen Aufschwung, von dem die „Lebensschutz“-Bewegung derzeit profitiert.

Diese verschiedenen Akteure, die sich sicherlich nicht in allem anderen einig sind, treffen sich in ihrem Engagement gegen Abtreibungen in der „Lebensschutz“-Bewegung. Dabei sind es nicht nur die Märsche und Mahnwachen „für das Leben“, wo sie sich begegnen und zusammenarbeiten. Sie betreiben die „Gehsteigberatung“, bieten Beratungsarbeit online, telefonisch oder vor Ort an - bald auch in Berlin⁸. Ohne den notwendigen Beratungsschein auszustellen, wollen sie mit unterschiedlichsten Methoden ungewollt Schwangere überzeugen, ein Kind zu gebären. Auf der großen Bühne spielen sie mit: In die Parlamente hinein betreiben sie Lobbyarbeit, vor allem auch auf EU-Ebene. Und sie nehmen mit

internationalen, juristisch versierten, meist katholisch-fundamentalistisch geprägten, aber auch evangelikalen, Organisationen massiv Einfluss auf Gesetzgebungen, indem sie juristische Präzedenzfälle in dem Bereich finanziell und durch Kampagnen unterstützen. Hier versuchen sie ganz konkrete Antidiskriminierungsgesetzgebungen auszuhebeln, indem sie sich auf Religionsfreiheit (für Christen) und Gewissensfreiheit (für medizinisches Personal) berufen. Da geht es dann nicht nur um Schwangerschaftsabbrüche, sondern um die Verweigerung der individuellen Gleichbehandlung für Homosexuelle, für Transgender und Intersexuelle, sei es beim Verkauf von Dienstleistungen, dem Ausschluss aus Räumen oder der Verweigerung administrativer Handlungen wie dem Trauen von homosexuellen Paaren durch Angestellte des Staates.⁹

Das ist ihr Kulturkampf.

Die „Lebensschutz“-Bewegung möchte nicht den juristischen Status Quo bewahren, die großen Teile möchten in Deutschland eine Gesetzesverschärfung der Paragraphen 218 und 219, teilweise mit kruden Argumentationen. So wird behauptet, eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen sei frauenfeindlich, da sie den Frauen das Argument nehme, sich gegen den zur Abtreibung drängenden Erzeuger zu behaupten. Könnten sie sagen: „Ich will dafür nicht ins Gefängnis gehen“, würde sich die Zahl der Abtreibungen minimieren, behauptet z.B. die „Lebensschutz“-Aktivistin und AfD-Funktionärin Martina Kempf und schlägt eine Haftstrafe von fünf Jahren vor.¹⁰

Aber vor allem möchte die „Lebensschutz“-Bewegung die Diskurshoheit darüber:

Was ist Leben? Wann beginnt es und wie hat es „natürlich“ zu enden? In diesem Feld geht ihr Engagement auch über die Verhinderung von Abtreibungen hinaus und beinhaltet weitere medizinethische Fragen wie Sterbehilfe und sogenannte Leih-Mutterschaft, Genome Editing und ähnliche Reproduktionstechniken.¹¹

Dabei zeigt sich in der heutigen Debatte, wie selbstverständlich auch die Presse bereit ist, nicht mehr zwischen einem Zweizeller, einem Embryo, Fötus und einem geborenen Menschen zu differenzieren. Die „Lebensschutz“-Bewegung hat viel erreicht, wenn sie es dann schafft, dass eine Abtreibung oder die Selektion von befruchteten Eizellen in der Petrischale mit der Tötung oder gar Ermordung eines Menschen gleichgesetzt wird.

Das heißt nicht, dass die tendenziell behindertenfeindlichen Logiken von Pränatal- und Präimplantationsdiagnostik nicht kritikwürdig wären. Sie müssen sogar aus einer gesellschaftskritischen und feministischen Perspektive heraus skeptisch betrachtet werden. Aber das liegt nicht an der Gleichsetzung einer befruchteten Eizelle mit einem geborenen Menschen mit Trisomie 21.¹²

Die Argumentation der „Lebensschutz“-Bewegung erhebt „das ungeborene Kind“ zur gleichwertigen Person und damit Inhaber der gleichen Menschenrechten wie es die schwangere Person ist und wägt Leben gegen Leben ab. Das Leben der Frau* (reduziert auf

das Überleben) steht gegen das Leben eines zweiten Menschen, dessen Leben mit der Befruchtung der Eizelle ebenso absolut sei.

Damit wird die schwangere Person unsichtbar, sofern ihr nicht akut der Tod droht. Sie wird, so schrieb vor ein paar Tagen Waltraud Schwab in der taz, zum „Container des Embryos“ degradiert.¹⁴ Eines Embryos, der eben nicht alleine lebensfähig ist. Dabei verschwindet die Frage, ob der Körper der Frau* benutzt werden darf, um das Leben dieses nur potenziellen zweiten Menschen zu gewährleisten. Körperliche Selbstbestimmung erscheint als ein Luxus des Feminismus, der mit dem „Mord“ an einem anderen Menschen erkaufte würde.

Wenn Abtreibung sprachlich zum Mord wird, dann erhöht sich der moralische Druck: Millionenfacher Mord! Der Vergleich mit der Shoah in der Bezeichnung „Babycaust“¹⁵ ist die linguistisch-logische Konsequenz. Der Appell, die Teilnahme an diesem „Menschheitsverbrechen“ zu verweigern, richtet sich an Schwangere und medizinisches Personal gleichermaßen. In Italien, wo die Gesetzgebung frauenfreundlicher ist als in Deutschland, ist der praktische Zugang zu sicheren Abbrüchen extrem schwer: Bis zu 90% der Ärzt*innen und Kliniken weigern sich, Abbrüche durchzuführen.¹⁵ Auch in Deutschland hat die Zahl der durchführenden Ärzt*innen und Kliniken seit 2003 um 40% abgenommen. Das ist auch der Propaganda und Einschüchterung durch die „Lebensschützer“ zu verdanken.¹⁶

Der Kampf gegen Schwangerschaftsabbrüche muss in erster Linie als ein Vehikel für den Transport konservativer bis extrem rechter Ideologeelemente verstanden werden. Anhand des Politikfeldes und der Akteure wird deutlich, dass die Motivation dahinter ein Weltbild ist, das starre Geschlechter- und Familienmodelle vorsieht. Zugespitzt formuliert: Die Ehe soll der Reproduktion dienen, Frauen sollen Mütter sein, Männer Ernährer. Andere, diversere Geschlechtsidentitäten, anderes Begehren, andere sexuelle Orientierungen, andere Familienkonstellationen bedrohen diese angeblich natürliche oder gottgewollte Ordnung, die wir selbstverständlich als patriarchal bezeichnen können. So ist es kein Zufall, dass es bei den Organisator*innen, Redner*innen und Teilnehmenden der „Märsche für das Leben“ und der „Demo für Alle“ große Überschneidungen gibt. Der Antifeminismus, der sich heute als der Kampf gegen die als Frühsexualisierung diffamierte Sexualaufklärung richtet, - der die Verankerung von Diversität in den Bildungsplänen bekämpft, - ist der Kampf gegen eine angenommene Auflösung der Geschlechtergrenzen. Mum, Dad & Kids¹⁷ – only.

Es ist die Angst davor, dass traditionelle Ordnungen und Grenzen verwischen, sich auflösen.

Das Festhalten an und das Hoffen auf starre, allgemeingültige und mit Autorität und gegebenenfalls Gewalt durchgesetzte Grenzen betrifft nicht nur die Familie und die Geschlechterbinarität. Es bezieht sich auch auf die Nation. Nicht zufällig geht insbesondere in Deutschland die Idee einer Bevölkerungskontrolle, wie sie sich in dem „Lebensschützer“-Slogan „Deutschland treibt sich ab“¹⁸ ausdrückt, mit völkischen, rassistischen Politikvorstellungen einher. Manchen ist es eben nicht egal, welche Kinder geboren werden: Sie müssen schon weiß, deutsch und christlich sein, um Deutschland zu retten.

Und so ist dann das in der konservativen bis (extremen) Rechten und Alt-Right-Bewegung virulente Narrativ vom angeblich bedrohten Christentum der zweite Grund, weswegen die „Lebensschutz“-Bewegung auf der Welle des rechten Aufschwungs reiten. Ihre soziale und argumentative Herkunft ist zutiefst christlich-fundamentalistisch. Keine Demonstration ohne Gottesdienst, fast keine Rede ohne den Aufruf, für die Sache, für die Frauen und die ungeborenen Kinder zu beten. Der für Abtreibungen verantwortlich gemachte Werteverfall wird der Schwäche des Christentums zugeschrieben, dessen Feinde die Säkularisierung und „der Islam“ seien: Der katholisch-fundamentalistische „Lebensschützer“-Verein Durchblick e. V. - manche von Ihnen werden ein Video des Vereins mit Phillip Amthor bei Anne Will letzte Woche gesehen haben - prophezeite: „Europa wird entweder christlich sein, oder es wird in wenigen Jahrzehnten muslimisch werden. Diese Tatsache kann Angst machen und lähmen oder Kräfte für den Überlebenskampf mobilisieren.“¹⁹ Hier geht es um nicht weniger als einen globalen Kulturkampf. Dieser wird von Parteien und Gruppen aus dem gesamten Spektrum der rechten und extremen Rechten, das heißt sowohl von der AfD als auch den Identitären, von misogynen Amokläufern und christlich-fundamentalistischen Netzwerken in ganz Europa geführt. Trotz ihrer Verschiedenheit bezüglich ihrer Artikulation, Darstellung oder dem Mobilisierungspotential sind sie in ihrer Konsequenz vor allem eins: mindestens tendenziell bis offen homo- und trans*feindlich und ja, auch frauen*verachtend.²⁰

Und im Gegensatz zu vor zehn Jahren befinden wir uns in einer Zeit des fast weltweiten Aufschwungs der (extremen) Rechten. Antifeminismus ist – neben dem Rassismus - ihr zentrales Standbein. Antifeminismus ist ihr zentrales Scharnier.

Eine erstarkende „Lebensschutz“-Bewegung greift also nur auf den ersten Blick ausschließlich ungewollt Schwangere und Ärzt*innen an. Beim genaueren Betrachten wird klar, dass sie unsere demokratischen Vorstellungen einer religiös und kulturell vielfältigen Gesellschaft angreift. Sie bedroht direkt oder indirekt alle, die vom heteronormativen Bild abweichen. Und in Zeiten wie diesen ist es nicht ihre Stärke, sondern ihre Einbettung in einen rechten Kulturkampf, die eine konkrete Gefahr für sicher geglaubte Rechte und Freiräume bedeutet, Rechte, die die Frauen*-Bewegung und die intersektionale queerfeministische Bewegung hart erkämpfen musste.

In diesem Sinne wünsche ich der ÜPFI viel Erfolg für ihre wichtige Arbeit im Jahr 2019, aber selbstverständlich auch darüber hinaus. Ich bedanke mich sehr für die Einladung.

Sanders, Eike / Kirsten Achtelik / Ulli Jentsch (2018): Kulturkampf und Gewissen. Medizinethische Strategien der 'Lebensschutz'-Bewegung, Berlin: Verbrecher Verlag.

Sanders, Eike / Jentsch, Ulli / Hansen, Felix (2014): „Deutschland treibt sich ab“ - Organisierter 'Lebensschutz', Christlicher Fundamentalismus, Antifeminismus, Münster: Unrast Verlag.

¹Lembke, Ulrike (2017): Staatliche Schutzpflichten gegen „Gehsteigbelästigung“. In: djbz (Zeitschrift des Deutschen JuristInnenbundes) Nr. 1/2017:12/12.

²z.B. Rocca, Corinna H. et al. (2015): »Decision Rightness and Emotional Responses to Abortion in the United States: A Longitudinal Study, Plos One« Online: <http://journals.plos.org/plosone/article/file?id=10.1371/journal.pone.0128832&type=printable>; letzter Zugriff 11.02.2019.

- 3Vgl. pro familia Bundesverband (2017): Schwangerschaftsabbruch – Fakten und Hintergründe. Online: <https://www.profamilia.de/fileadmin/profamilia/verband/Hintergrund-Schwangerschaftsabbruch-WEB.pdf>; letzter Zugriff 11.02.2019
- 4Sanders / Achtelik / Jentsch (2018): 58-61.
- 5Vgl. Sanders, Eike (2016): Wie Essig und Öl. Zum Verhältnis von »Lebensschützern«, Christentum und der AfD. In: monitor Nr. 74 (Juli 2016): 4–5. Online: <https://www.apabiz.de/2016/wie-essig-und-oel/>; letzter Zugriff 11.02.2019. ; Sanders, Eike / Jentsch, Ulli (2017): Stillstand auf dem Kreuzweg. Bericht zum »Marsch für das Leben« am 16. September 2017 in Berlin. apabiz online vom 26. September 2017: <https://www.apabiz.de/2017/stillstand-auf-dem-kreuzweg/>; letzter Zugriff 11.02.2019. Jentsch, Ulli / Sanders, Eike (2018): Mit offenen Armen in die Sackgasse. apabiz online vom 28. September 2018: <https://www.apabiz.de/2018/mit-offenen-armen-in-die-sackgasse/>; letzter Zugriff 11.02.2019.
- 6Sanders / Jentsch / Hansen (2014).
- 7Ein Exemplar liegt im Archiv des apabiz e.V.
- 8Der Verein pro femina e.V. plant die Eröffnung einer Zweigstelle in Berlin, so berichtet u.a. Loeffler, Juliane (2018): Dein Bauch gehört mir. BuzzFeedNews vom 11.12.2018 online: <https://www.buzzfeed.com/de/julianeloeffler/schwanger-profemina-beratung-abtreibung-218>; letzter Zugriff 11.02.2019.
- 9Vgl. NeJaime, Douglas / Siegel, Reva (2017): Conscience Wars in Transnational Perspective: Religious Liberty, Third-Party Harm, and Pluralism. In: Mancini, Susanna /Rosenfeld, Michel (eds): The Conscience Wars: Rethinking the Balance between Religion, Identity, and Equality. Cambridge Univ. Press (Forthcoming). Vorabversion mit freundlicher Genehmigung der Autor*innen verwendet. Online: <http://www.eui.eu/Documents/MWP/ProgramActivities/20152016/master-classes/Siegel-Conscience-Wars-in-Transnational-Perspective-1-10-16-SSRN.pdf>; letzter Zugriff 29.01.2018. und Sanders / Achtelik / Jentsch (2018): 79 ff.
- 10Kempf, Martina (2012): Frauenfeindlich. Wie Frauen zur Ungeborenentötung gedrängt werden. Bad Schussenried: Gerhard Hess Verlag: 149; Kempf war bis mindestens 2013 im Bundesvorstand der Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA), war früher Regionalverbandsvorsitzende der christlichen Kleinstpartei AUF und ist jetzt in der AfD Baden-Württemberg aktiv, u.a. Mitglied im Bundesvorstand der Christen in der AfD (ChrAfD); <http://www.chrafid.de/index.php/ueber-uns/bundesvorstand/martina-kempf>; letzter Zugriff 20.01.2018.
- 11Vgl. Sanders / Achtelik / Jentsch (2018): 37 ff.
- 12Vgl. Achtelik, Kirsten (2015): Selbstbestimmte Norm. Feminismus, Pränataldiagnostik, Abtreibung. Berlin: Verbrecher Verlag.
- 13Schwab, Waltraud (2019): Es gibt kein „ungeborenes Leben“, taz online vom 10.02.2019 <http://www.taz.de/Debatte-Sprache-und-Paragraph-219a/!5568971/>; letzter Zugriff 12.02.2019.
- 14So heißt eine der Webseiten des kleinen „Lebensschutz“-Vereines Initiative Nie Wieder e.V. „babycaust“, die andere „Abtreiber“- sie listet gut 200 Namen und Adressen von Arzt*innen, Kliniken und Beratungszentren, aber auch Politiker*innen, die zur „Abtreiber-Lobby“ gezählt werden. Der Vereinsvorsitzende Klaus Günter Annen hat seit 2015 gegen die meisten Gelisteten Strafanzeigen wegen angeblichen Verstoßes gegen § 219a gestellt.
- 15Matteoni, Federica (2017): »Verweigertes Recht«. In: Jungle World vom 16.02.2017: 5. Rohr, Dominique von (2017): »Warum italienische Ärzte Abtreibungen fürchten«. Spiegel Online vom 26.06.2017, <http://www.spiegel.de/karriere/italien-aerzte-verweigern-abtreibungen-aus-karrieregruenden-a-1154430.html>; letzter Zugriff 26.01.2018.
- 16Kulozik, Diana / Wandt, Lisa / Svehla, Axel (2018): Bundesärztekammer fordert Hilfe: Immer weniger Abtreibungsärzte, tagesschau online vom 23.08.2018: <https://www.tagesschau.de/inland/kontraste-abtreibung-103.html>; letzter Zugriff 12.02.2019
- 17So der Titel der 2016 lancierten „Europäischen Bürgerinitiative zum Schutz von Ehe und Familie“, in der sich internationale Organisationen und Protagonist*innen in erster Linie gegen die Öffnung der Ehe für alle - wie La Manif pour tous, Hedwig von Beverfoerde und CitizenGo - engagieren.
- 18Ein Slogan einer Regionalgruppe von Kaleb e.V. (2014)
- 19Schührer, Ulrike / Schührer, Thomas (2016): Der Islam – die Geißel Gottes? In: Der Durchblick Nr. 91: 2.
- 20Vgl. Lang, Juliane / Peters, Ulrich (Hg.) (2018): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Hamburg: Marta Press.
- Hark, Sabine / Villa, Paula-Irene (Hg.) (2015): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript.